



Die europäische Agrarpolitik muss dringend reformiert werden, damit eine sozial gerechte, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft möglich wird

Die europäische Fast Food-Landwirtschaft

Die Filme „Unser täglich Brot“ und „We feed the World“ haben eindringlich und äußerst erfolgreich auf das Grauen der Massenproduktion von Lebensmitteln aufmerksam gemacht. Die europäische Fast Food-Landwirtschaft hat Küken vom Fließband, Nitrat im Grundwasser und Soja aus Regenwaldabholzung zur Folge. Bäuerliche Betriebe werden durch diese Politik vom Markt verdrängt.

Die europäische Landwirtschaft hat viele grässliche Gesichter: Auf Hochleistung getrimmte Kühe mit Euterentzündungen, Küken vom Fließband, Soja aus Regenwaldabholzung in hiesigen Futtertrögen für die Produktion von Billigfleisch, Hungerlöhne für in Containern untergebrachte SaisonarbeiterInnen bei der Spargel- oder Erdbeerernte, nitratbelastetes Grundwasser sowie der fortschreitende Verlust der Artenvielfalt. Statt Frischmilch gibt es zunehmend H-Milch im Angebot. Früchte werden durch Aromastoffe ersetzt, Lebensmittel

mit Geschmacksverstärkern aufgepeppt, weil die in industrieller Landwirtschaft hergestellte billige Massenware an geschmacklicher Intensität einbüßt. Bäuerliche Betriebe werden durch diese Politik vom Markt verdrängt.

Was tun? Für Michael Pollan, Co-Produzent des Films 'Food, Inc.', ist die Sache klar: „Das ist das Schöne am Essen“, sagt er. „Man kann selber mit der Gabel abstimmen“, und verweist damit auf die Macht der VerbraucherInnen. Viel wichtiger jedoch ist: Die Gemeinsame

Europäische Agrarpolitik (GAP) treibt die oben beschriebene Entwicklung seit vielen Jahren systematisch voran. Sie gilt es zu reformieren, und zwar so, dass eine sozial gerechte, bäuerliche, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft möglich wird! 2013 ist es mal wieder so weit. Eine Reform der europäischen Agrarpolitik steht auf der Tagesordnung.

Die Vorbereitung läuft bereits auf Hochtouren. Richtungsweisende Weichenstellungen für die Zukunft werden noch von

der „alten“ Kommission entwickelt. Mitte 2010 soll es eine Kommissionsmitteilung geben, die aufführt, wo es ab 2013 lang gehen soll in Sachen Agrarpolitik.

Das Agrobusiness hat sich, unterstützt von Kommissions- und Regierungsvertretern, bereits in Position gebracht. Eine konzerndominierte „hochrangige Gruppe“ unter der Leitung von Günter Verheugen hat am 17. März 2009 ihren Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrar- und Ernährungsindustrie vorgestellt. Mit von der Partie sind u.a. Danone, Nestlé und Unilever, aber auch Südzucker, der deutsche Metro-Chef und die europäischen Lobbyverbände der Ernährungsindustrie und des Bauernverbandes. Auch Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner ließ es sich nicht nehmen, mit dabei zu sein. Umwelt- und Tierschutzorganisationen oder gar Entwicklungsorganisationen waren genauso wenig eingeladen wie kritische bäuerliche Verbände. Wen wundert's! Wenn es um handfeste Wirtschaftsinteressen geht, bleibt man lieber unter sich. KritikerInnen sind da nur lästig.

Die Vision macht deutlich, wohin die Reise geht: eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige Ernährungsindustrie“, die „flexible Arbeitsmärkte“, den „Abbau staatlicher Regulierung sowie von Handelshindernissen“ erforderlich macht und vor allem auf landwirtschaftliche Rohstoffe zu „den besten Konditionen“, d.h. wettbewerbsfähigen, niedrigen Preisen, zurückgreifen kann. Die internen Marktpreise sollen also nach und nach auf Weltmarktpreisniveau gebracht werden. Dies geschieht im Rahmen der GAP durch die Förderung leistungsstarker Betriebe bzw. die Reduzierung ihrer Produktionskosten (Direktzahlungen, Investitionsförderung), die Reduzierung der Preisstützung und die Ausweitung des Angebots (z.B. Abschaffung der Milchquote).

Wenn es nach der Ernährungsindustrie geht, muss natürlich auch die Zulassung für gentechnisch veränderte Agrarprodukte erleichtert werden, insbesondere angesichts perspektivisch höherer Weltmarktpreise. Dem hat auch Frau Aigner in der hochrangigen Gruppe zugestimmt. Doch drei von vier KundInnen wollen keine gentechnisch gestylten Lebensmittel kaufen.

Im Landwirtschaftsministerium spielen offensichtlich die Interessen der VerbraucherInnen und derjenigen BürgerInnen, die sich sauberes Grundwasser, eine reiche biologische Vielfalt, schöne Kulturlandschaften und ökologisch und sozial nachhaltig produzierte Lebensmittel wünschen, kaum eine Rolle. Die Politik tut so, als ob die europäische Agrarpolitik nichts damit zu tun hat, welche Lebensmittel tagtäglich in unserem Einkaufskorb landen. Sie schweigt sich über die vielfältigen sozialen und ökologischen Kollateralschäden einfach aus. Ohne massiven öffentlichen Gegendruck werden Politik und Agrar- und Ernährungsindustrie erneut Arm in Arm ihre Vision der europäischen Agrarpolitik durchsetzen.

Wer hochwertige Qualitätslebensmittel will und auf eine ökologisch und sozial gerechte Landbewirtschaftung setzt, der sollte nicht nur entsprechend einkaufen, sondern aufstehen und die Politik davon abhalten, auf Kosten von uns allen ausschließlich Konzerninteressen zu bedienen.

*Marita Wiggerthale ist als
freie Journalistin im Agrar- und
Handelsbereich tätig
E-Mail: marita.wiggerthale@web.de*



Foto: Hirschka/PIXELIO

Immer noch bedient die Agrarpolitik in Brüssel und in Berlin ausschließlich Konzerninteressen. Nur massiver öffentlicher Gegendruck wird daran etwas ändern